

4 von 5 befragten Schulleitungen sind gegen die von der CDU/FDP beschlossene „Neue Werkrealschule“

Bildungspolitik in Baden - Württemberg wird derzeit gegen den Willen der Betroffenen gemacht. Dies zeigt der Umstand, dass die gestern von der regierenden CDU/FDP Koalition beschlossene Einführung der „Neuen Werkrealschule“ von den direkt Betroffenen mit einem klaren Votum abgelehnt wird.

Die Verbände der Lehrerschaft, die diese zusätzliche „Neue Schulart“ umsetzen soll, sowie der Landeselternbeirat lehnen die Neue Werkrealschule einstimmig ab. Komplottiert wird die Ablehnung der „Neuen Werkrealschule“ durch die für die Umsetzung maßgeblich verantwortlichen Schulleitungen der Haupt- und Werkrealschulen.

An einer aktuellen landesweiten Abstimmung nahmen über 50 Prozent der Schulleitungen aller Haupt- und Werkrealschulen im Lande teil. Diese Umfrage wurde vom Verein „Länger gemeinsam lernen Baden - Württemberg“ durchgeführt und zeigt auf, wie einfach es für ein Ministerium bzw. die Landesregierung gewesen wäre, über einen etwas differenzierteren Fragebogen ein breites Meinungsbild der maßgeblichen Schulleiter/innen zu erhalten - wenn dies politisch tatsächlich gewollt wäre. Die Schulverwaltung dagegen versuchte sogar, einzelne Schulleitungen daran zu hindern, an der Umfrage teilzunehmen. Auch aus diesem Grund überrascht das sensationell hohe Rückmeldeergebnis und zeigt, wie problematisch die „Neue Werkrealschule“ von den Schulpraktikern gesehen wird. 83 % der befragten Schulleitungen sind gegen die Einführung dieser zusätzlichen Schulart. Trotzdem wird diese Schulart gegen den Willen der direkt Betroffenen von den Politikern beschlossen. Hier wird deutlich, wie Bildungspolitik an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei gemacht und durchgesetzt wird.

Die Ablehnung durch die Schulleitungen hat vermutlich mehrere Gründe:

Zum einen bedeuten die Vorgaben des Landes für die Neue Werkrealschule das Aus für ca. 700 kleine Hauptschulen auf dem Lande. Die wohnortnahe Schule wird durch das starre Festhalten an der gegliederten Sekundarstufe in großem Stil geopfert. Die Folge ist die Entschulung des ländlichen Raumes mit katastrophalen Folgen für die betroffenen Gemeinden. Schulen, die erst einmal geschlossen sind, können später kaum noch für neue Schulkonzepte reanimiert werden. Viele Schulleitungen stellen sich die berechnete Frage: Ist letztendlich die Einführung der „Neuen Werkrealschule“ nicht ein verdecktes flächendeckendes Schulschließungsprogramm im großen Stil? Im Nachbarland Bayern wurden diese uns bevorstehenden Schulschließungen in den letzten 10 Jahren durchgeführt. Keines der dort bestehenden Schulstrukturprobleme, die mit denen in Baden Württemberg vergleichbar sind, konnte dadurch gelöst werden.

Den Begriff „Neue Werkrealschule“ sehen viele Schulleitungen als „Etikettenschwindel“. Die „Neue Werkrealschule“ führt einerseits zu einer weiteren Aufgliederung der Sekundarstufe, andererseits bleibt die dreistufige Grundschulempfehlung bestehen. Die bisher bestehenden Haupt- und Werkrealschulen werden noch einmal filetiert. Ein Vorgang, vor dem viele Schulentwickler heftig warnen, verstärkt er doch die durch unser Schulsystem jetzt schon praktizierte soziale Entmischung der SchülerInnen noch einmal. Anstatt die internationale Entwicklung der gemeinsamen Beschulung aller 10 – 14 Jährigen anzustreben, wird in Baden Württemberg das genaue Gegenteil umgesetzt und eine weitere Schulart eingeführt.

Es entsteht eine tragische Homogenität, bei der es nur noch wenige leistungs- und sozialstarke Schüler als Lokomotive gibt. Im Mittelpunkt müsste jedoch die Förderung der Schüler stehen und nicht das krampfhaftes Festhalten an einem fragwürdigen Auslesesystem.

Dabei ließe sich durch ein längeres gemeinsames Lernen aller Kinder vielerorts eine tragfähige Sekundarschule einrichten bzw. erhalten, die auch die wichtige Funktion eines Lebens- und Kulturmittelpunktes der Gemeinde einnehmen könnte. Die Zielrichtung muss eine regionale Schulentwicklung mit dem Angebot höherer Abschlüsse sein - ohne dogmatisches Festhalten an der überkommenen Sortiermentalität.

Während sich die letzten Staaten mit ansatzweise gegliederten Systemen auf den Weg zu längerem gemeinsamen Lernen und zur individuellen Förderung ohne äußere Trennung machen (Österreich, Schweiz, Liechtenstein), müssen bei uns durch die „Neue Werkrealschule“ viele mit Steuermitteln teuer renovierte Schulgebäude im ländlichen Bereich aufgegeben werden.

Dabei geht es doch gerade im Kern um den Erhalt attraktiver und wohnortnaher Schuleinheiten ohne unerträglichen Übertrittsdruck, ohne Entschulung des ländlichen Raums und ohne schulische Ghettobildung in den Städten.

Baden- Württemberg braucht eine echte Schulreform und kein fortgesetztes Herumdoktern an einem überkommenen System.

Es wird höchste Zeit, dass sich eine Bildungspolitik parteiübergreifend, fernab von Lobbyisteninteressen, einzig an der Sache - an einer guten Schule für alle Kinder - orientiert, entwickelt und durchsetzt.

